Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 41 || **Dienstag, den 18. Februar 1930** || **82. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 351 des Handelsregisters, die Firma **Max Gebler in Bretnig** betreffend: ist heute eingetragen worden:

Der Fabrikant Max Theemann Gebler in Bretnig ist verstorben.
Der Kaufmann Erich Max Johannes Gebler in Bretnig ist Inhaber.
Die Prokura des vorgenannten Inhabers hat sich erledigt.

Amtsgericht Pulsnitz, den 15. Februar 1930.

Mittwoch, den 19. Februar 1930, vorm. 11 Uhr sollen **in Pulsnitz, Restaurant „zum Bürgergarten"**

1 Stubenbüfett, 3 Schreibpulte, 1 Tafelglas, 1 Abrichtemaschine, 10 P. Stiefeln

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 18 Februar 1930. **Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts**

Das Wichtigste

Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger" berichtet, ist der Herausgeber der Deutschen Medizinischen Wochenschrift, Geh. Sanitätsrat Professor Dr. Julius Schwalbe, am Montag im Alter von 66 Jahren gestorben.

Auf einem Presseempfang in Newyork erklärte Edison, er werde in Florida so große Gummiplantagen anlegen, daß damit der gesamte Gummibedarf Amerikas gedeckt werden könne. Die Pflanzungsversuche dürften noch 6 bis 8 Jahre dauern.

Seit Sonntag wurde die vierköpfige Besatzung des Kohlen-Prams „Nerrill" am Cape May New Jereyey vermißt. Am Montag fanden in den frühen Morgenstunden Schiffer, die auf die Suche gefahren waren, die vier Mann erfroren auf dem Prahm.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

— (Zur Erhaltung alter Bäume.) Nicht nur in den Großstädten, in den Städten, nein, auch auf dem Lande sind die Verhältnisse heute wirtschaftlich bitter ernst. Gar mancher Grundbesitzer, mancher Landwirt ist gezwungen, nur um seinen Betrieb selbst in bescheidensten Grenzen aufrecht zu erhalten, sich von Werten zu trennen, von denen eine Trennung ihm selbst den allergrößten Schmerz bereitet. Man sieht wohl den Verlust, braucht aber den Erlös, um sich mit Mühe und Not weiter über dem Wasser zu halten. So sieht man jetzt überall Holz aufgeschichtet, teilweise von recht gesunden und schönen Bäumen. Die vielen Stapelhaufen, die man heute allüberall im Lande findet, sind nicht allein Holz der vielen im vergangenen Winter erfrorenen Kirsch- und Nußbäume, nein, mancher gesunde Baum, manch prächtige Eiche muß jetzt der Axt zum Opfer fallen, um notdürftig die Existenz des Besitzers weiter aufrecht zu erhalten. Vielfach wird der Heimatschutz um Hilfe angegangen. Nun hat der Heimatschutz, selbst wenn er ein sehr reicher Verein wäre, nicht die Mittel, die Naturdenkmäler des ganzen Landes zu kaufen und zu erhalten; das wäre auch nicht seine Aufgabe und würde auch nicht erzieherisch wirken, wenn man sich darauf verlassen würde, daß eine Landesstelle Naturschönheiten, Naturdenkmäler im ganzen Lande ankauft und erhält. Aber in manchen Fällen, wo bittere Not zur Fällung prächtiger Naturdenkmäler führt, wird es doch möglich sein, zu vermitteln und im Verhandlungswege, vielleicht bei entsprechender Zahlung einer kleinen jährlichen Entschädigung, manches Naturdenkmal zu retten. Die Bitte des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz, Dresden-A. 1, Schießgasse 24, an die Bevölkerung unseres Sachsenlandes geht dahin, nur im äußersten Notfalle die Axt zum Hiebe an unsere prächtigen Baumveteranen anzusetzen, nur dann, wenn wirkliche Not dazu treibt. Ist das der Fall, dann bittet der Landesverein, ihm vorher Mitteilung zu machen, damit es ihm ermöglicht wird, doch noch diesen und jenen Baum, sei es durch Ankauf, sei es durch eine jährliche Entschädigung, uns und unseren Nachfahren zu erhalten.

Dresden. (Die Beerdigung der Opfer des Autounglücks auf der Hindenburgstraße.) Wie berichtet, ereignete sich am 11. Februar nachmittags in Dresden unweit vom Sachsenplatz auf der Hindenburgstraße ein schweres Unglück, bei dem zwei Kinder des Oberrechnungsinspektors Weber vom Justizministerium getötet wurden. Am Sonnabend fand die Beerdigung statt. Stundenlang setzte ein ganz ungewöhnlicher Zustrom von Leidtragenden und sonstigen Personen aus den umliegenden, dichtbevölkerten Stadtteilen nach dem geräumigen Friedhofsgelände ein. Das Polizeipräsidium hatte mehrere Ueberfallkommandos zur Verstärkung der Wohlfahrtspolizei und Verkehrsregelung vor dem Trinitatisfriedhof entsandt. Noch niemals ist jene Stätte von einer derart ungeheuren Menschenmenge zugleich aufgesucht worden, wie anläßlich dieser Beerdigung. Tausende von Personen vermochten überdies keinen Einlaß zu finden. Die eigentliche Trauerfeier fand in der Friedhofshalle statt, in der nur außer den nächsten Angehörigen und den beiden Schulklassen ein kleiner Teil der vielen Leidtragenden Platz finden konnte. Pfarrer Bundesmann von der Johanniskirche hielt die Gedächtnisrede. Die beiden getöteten Kinder fanden in einem gemeinsamen Grabe ihre frühe Ruhestätte. Zahllose Blumenspenden, darunter solche vom Justizminister Dr. Mannsfeld, vom Oberbürgermeister Dr. Blüher, von den Schulklassen usw. legten Zeunis ab, welche Anteilnahme dieses bedauerliche Unglück in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen hat.

Polen bricht die internationalen Verträge

Wird Deutschland in Warschau vorstellig?

Die Dresdner Presse zur sächsischen Regierungs-Krise — Der Rücktritt des französischen Kabinetts Tardieu
Vor dem Abschluß des Dreimächte-Abkommens — Biersteuererhöhung um 75 %?

Warschau. Von der polnischen Presse wird die Zehn-Jahr-Feier in Thorn anläßlich der Besetzung des Korridors durch polnische Truppen eingehend geschildert, wobei den militärischen Paraden besonders viel Platz eingeräumt wird. Als Höhepunkt der Feier wird der Jubelschwur hervorgehoben: „Der Boden Pommerellens darf nie Objekt eines Handelns in der internationalen Politik werden. An den Verträgen steht ganz Polen Wache." Dieser Schwur wurde von dem anwesenden polnischen Staatspräsidenten geleistet.

Bei der Feier selbst begab sich der polnische Staatspräsident in Begleitung der Minister und der Generäle am Sonntag zum Schützenhaus, wo er einen Ehrenschuß abfeuerte. Nach einer Messe begann der symbolische Einmarsch der Truppen und Aufständischen-Verbände. Hierbei wurde die „Baltische Hymne" gesungen. Aus den gehaltenen Reden spiegelt sich die

Zweierlei-Maß-Einstellung des polnischen Volkes,

namentlich den verpflichtenden Verträgen gegenüber wieder. Handelt es sich um Vorteile Polens, dann sind die Verträge heilig und unantastbar. Handelt es sich um Verträge und Gesetze zum Schutz der deutschen Minderheit, dann ist jedes Mittel heilig, um diese Verträge zu umgehen und zunichte zu machen.

Von seiten der deutschen Bevölkerung im Weichselkorridor kommen immer neue Klagen über eine Ausnahmebehandlung durch die polnischen Behörden. In zahlreichen Fällen ist deutschen Besitzern die Auflassungsgenehmigung bei Neubauten verweigert worden. In den Kreisen Putzig, Karthaus, Neustadt und Konitz, sowie in weiteren Kreisen wurde

allen deutschen Lehrern und Geistlichen der Besitz von Radioapparaten untersagt.

Weiter sind deutschen Gastwirtschaften massenhaft die Schankkonzessionen entzogen worden. Damit nahm man der deutschen Bevölkerung den Versammlungsraum. Immer wieder erweist es sich, daß die Deutschen im Korridor als „Staatsbürger zweiter Klasse" behandelt werden.

Der „Monitor Polski" Nr. 38 bringt ferner die Namen der Grundstücke in Posen und Pommerellen, die im laufenden Jahre der Agrarreform zum Opfer fallen sollen. Der Vernichtungswille dem Deutschtum gegenüber kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck: In Pommerellen werden von 6112 Hektar Boden 5455 Hektar deutsches und nur 637 Hektar polnisches Eigentum parzelliert. Im Netzegau brauchen die Polen im Gegensatz zu den sehr hohen Abgaben deutschen Besitzes nur 268 Hektar abzugeben. Bei dem deutschen Besitz handelt es sich ausschließlich um Intensiv- und Musterwirtschaften, während

der polnische Besitz so heruntergewirtschaftet

ist, daß er völlig verschuldet ist und freiwillig zur Parzellierung angeboten werden muß. In Posen entfallen von 8508 Hektar Enteignung auf deutschen Besitz 5200 Hektar. Die Beschneidung deutschen Bodenraums versucht Polen durch die teilweise Parzellierung polnischer Staatsdomänen zu verschleiern. Bei den Staatsdomänen handelt es sich aber auch fast ausschließlich um den Besitz früherer deutscher Pächter, denen unter Bruch der laufenden Verträge der Boden gewaltsam weggenommen wurde. Mit den deutschen Pächtern wurden Tausende deutscher Angestellter und Arbeiter vertrieben. Polen hat also auch hier gröbsten Vertragsbruch und offensichtliche Vergewaltigung internationaler Verpflichtungen begangen.

Deutscher Ostmarkenverein Grenzmark gegen den Polen-Vertrag.

Kolberg. Der gegenwärtig in Kolberg tagende Landesausschuß Grenzmark des Deutschen Ostmarkenvereins wandte sich an den Reichspräsidenten von Hindenburg mit der dringenden Bitte, dem Liquidationsabkommen und den deutsch-polnischen Handelsverträgen sowie dem Young-Plan, soweit er Polen zum Reparationsgläubiger Deutschlands mache, die Zustimmung zu versagen.

An die Parlamente, Reichs- und Staatsbehörden richtete der Ostmarkenverein einen Protest gegen das mit dem Young-Plan verkoppelte Liquidationsabkommen, das Deutschland Pflichten und untragbare Lasten auferlege und Polen nur verklauselierte Rechte zugestehe.

Abschluß der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen.

Berlin. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über eine Regelung der Roggenausfuhr am 16. Februar abgeschlossen worden.

Vertrauliche Young-Beratungen im Reichstagsausschuß.

In der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen und des Haushaltsausschuß des Reichstages wurden die Beratungen über den Young-Plan beim zweiten Punkt des Fragenkomplexes, Moratorium und Schutzklausel, fortgesetzt. Es kam wiederum zu Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien und der Rechten, da von Zentrumsseite beantragt wurde, die Verhandlung vertraulich zu führen, damit die Regierung ihre Aufklärungen ohne außenpolitische Rücksichten geben könne. Graf Westarp verlangte demgegenüber Vertraulichkeit nur für bestimmte Ministererklärungen, doch wurden die Deutschnationalen, denen sich auch die Kommunisten anschlossen, überstimmt.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hatte beantragt, die Regierung möge erklären, ob sie die Zahlungen des Pariser Plans für dauernd durchführbar halte, und die Regierung möge sich durch eine ausdrückliche Erklärung das Recht Deutschlands vorbehalten, die Revision des Planes mit dem Ziele der Herabsetzung der deutschen Leistungen im Falle seiner Undurchführbarkeit zu fordern. Nötigenfalls solle nach neuen diplomatischen Verhandlungen festgestellt und mitgeteilt werden, ob die Vertragsmächte diesen Vorbehalt anerkennen. — Außenminister Dr. Curtius und Reichsfinanzminister Moldenhauer sprachen über das Moratorium.

„Moratorium und Schutzklausel."

Der Young-Plan-Ausschuß führte Montag abend die Besprechung über die Frage „Moratorium und Schutzklausel" noch nicht zu Ende. Die vertrauliche Aussprache über diesen Fragenkomplex wird am Dienstag fortgesetzt. Auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung steht außerdem das Bankgesetz; ein erneuter deutschnationaler Antrag, hierzu den Reichsbankpräsidenten Schacht hinzuzuziehen, wurde vom Ausschuß mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Hepp über Young-Plan und Agrarkrise.

Bayreuth. Der Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabgeordneter Hepp, sprach am 17. Februar in Bayreuth anläßlich der Oberfränkischen Kundgebung des Bayerischen Landbundes und führte u. a. folgendes aus: In